



TRANSPORTLOGISTIK FONDS

SOLVIUM TRANSPORTLOGISTIK FONDS

GmbH & Co. geschlossene InvKG



**Zeichnungsunterlagen
(natürliche Personen)**

SOLVIUM ✓
LOGISTIK | INVESTMENTS





I. VERBRAUCHERINFORMATIONEN BEI FERNABSATZ- VERTRÄGEN UND BEI AUSSERHALB VON GESCHÄFTS- RÄUMEN GESCHLOSSENEN VERTRÄGEN GEMÄSS § 312D ABSATZ 2 BGB I.V.M. ART. 246B EGBGB, STAND: 20. NOVEMBER 2024

Die folgenden Informationen richten sich an Verbraucher im Sinne des § 13 BGB (im Folgenden als „Anleger“ bezeichnet), die ihren Beitritt zum geschlossenen Publikums-AIF „Solvium Transportlogistik Fonds GmbH & Co. geschlossene Investment-KG“ außerhalb von Geschäftsräumen oder im Wege des Fernabsatzes erklären.

1.1 | INFORMATIONEN ZUR FONDSGESELLSCHAFT UND ZU ANDEREN MIT DEM VERBRAUCHER IN KONTAKT TRETENDEN GEWERBLICH TÄTIGEN PERSONEN

Fondsgesellschaft

Solvium Transportlogistik Fonds GmbH & Co. geschlossene Investment-KG
Große Elbstraße 14
22767 Hamburg
Eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg unter HRA 131228

Die Fondsgesellschaft unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Geschäftsführung/Geschäftsführende Kommanditistin der Fondsgesellschaft

HTG Hamburger Transportlogistik Geschäftsführungs GmbH
Große Elbstraße 14
22767 Hamburg
Tel.: + 49 40 300 846-240
Eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg unter HRB 182669
Geschäftsführer: Jessica Beckmann und Tobias große Holthaus

Persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der Fondsgesellschaft

Solvium Verwaltungs GmbH
ABC-Straße 21
20354 Hamburg
E-Mail: info@solvium-capital.de
Eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg unter HRB 160083
Geschäftsführer: Marc Schumann, André Wreth

Treuhandkommanditistin/Treuhänderin

STA Sachwert-Treuhand Altona GmbH & Co. KG
Große Elbstraße 14
22767 Hamburg
Tel.: + 49 40 75 66 39 87 0
E-Mail: info@sta-altona.de
Eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg unter HRB 109520
Geschäftsführer: Matthias Abel

Zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung ist für die vorgenannte Gesellschaft keine Zulassung erforderlich. Sie unterliegt in Deutschland der Aufsicht durch das Gewerbeaufsichtsamt.

Kapitalverwaltungsgesellschaft (KVG)

Hamburg Asset Management HAM
Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH
Große Elbstraße 14
22767 Hamburg
Tel.: + 49 40 300 846-240
E-Mail: kontakt@hh-asset.de

Die Hamburg Asset Management HAM Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH unterliegt als Kapitalverwaltungsgesellschaft der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Anlegerverwaltung der Fondsgesellschaft

STA Sachwert-Treuhand Altona GmbH & Co. KG
Große Elbstraße 14
22767 Hamburg
Tel.: + 49 40 75 66 39 87 0
E-Mail: info@sta-altona.de
Eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg unter HRB 109520
Geschäftsführer: Matthias Abel

Vertriebsgesellschaft des AIF

Solvium Capital Vertriebs GmbH
ABC-Straße 21
20354 Hamburg
Tel.: + 49 40 52 73 47 975
E-Mail: info@solvium-capital.de
Eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg unter HRB 148551
Geschäftsführer: Jürgen Kestler, André Wreth

Die Vertriebsgesellschaft unterliegt als Finanzanlagenvermittler nach § 34f Absatz 1 GewO der Aufsicht der Handelskammer Hamburg.

1.2 | ANLAGEBERATER/VERMITTLER

Der jeweilige Anlageberater/Anlagevermittler, über den der Anleger die Verkaufsunterlagen (Verkaufsprospekt einschließlich Anlagebedingungen, Gesellschaftsvertrag und Treuhandvertrag, das Basisinformationsblatt sowie den letzten veröffentlichten Jahresbericht, soweit bereits vorliegend), die Zeichnungsunterlagen (einschließlich Beitrittserklärung, dieser Verbraucherinformationen und der Widerrufsbelehrung) erhält, wird als Finanzanlagenvermittler (Anlageberater bzw. Anlagevermittler) tätig.

Die ladungsfähige Anschrift der vorgenannten Personen sowie ggf. ihrer gesetzlichen Vertreter ergibt sich aus den dem Anleger von dem Anlageberater bzw. Anlagevermittler zugesandten oder überlassenen Unterlagen, insbesondere aus den Zeichnungsunterlagen.

1.3 | INFORMATIONEN ZUM UNTERNEHMENSGEGENSTAND DER FONDSGESELLSCHAFT UND ZUM BETEILIGUNGSANGEBOT

Gesellschaftszweck und Hauptgeschäftstätigkeit der Fondsgesellschaft

Gesellschaftszweck der Fondsgesellschaft ist ausschließlich die Anlage und Verwaltung ihrer Mittel nach der in den Anlagebedingungen festgelegten Anlagestrategie zur gemeinschaftlichen Kapitalanlage nach §§ 261 bis 272 KAGB zum Nutzen der Anleger. Die Fondsgesellschaft hat insbesondere für die Anlage und die Verwaltung ihres Kommanditanlagevermögens die Hamburg Asset Management HAM Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft gemäß § 154 KAGB in Verbindung mit § 17 Abs. 2 Nr. 1 KAGB bestellt. Die Fondsgesellschaft selbst übt keine nach dem KAGB oder anderen Gesetzen erlaubnispflichtigen Tätigkeiten aus.

Wesentliche Merkmale der konkreten vorliegenden Anlagemöglichkeit und Zustandekommen des hierfür erforderlichen Vertrages/Zahlung und Erfüllung

Gegenstand des vorliegenden Teilnehmungsangebots ist die mittelbare Beteiligung des Anlegers über die Treuhänderin als Treugeber an der Fondsgesellschaft nach Maßgabe der Beitrittserklärung, des Gesellschaftsvertrages und der Anlagebedingungen der Fondsgesellschaft sowie des Treuhandvertrages.

Gemäß den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages sind die Anleger entsprechend ihrer Beteiligungsquote am wirtschaftlichen Ergebnis der Fondsgesellschaft beteiligt. Der Anleger wird als Treugeber mittelbar Gesellschafter der Fondsgesellschaft und soll prognosegemäß Auszahlungen in Höhe von 4,00 % p. a. bezogen auf die Zeichnungssumme (Kommanditeinlage) ohne Agio jeweils anteilig zum Ende eines Kalenderquartals erhalten, wobei die erste Auszahlung mindestens ei-

nen Beteiligungszeitraum von drei Monaten umfassen muss. Tritt ein Anleger der Fondsgesellschaft nicht zum 1. eines Kalenderquartals bei, erhält er die erste Auszahlung prognosegemäß zum Ende des auf seinen Beitritt folgenden nächsten Kalenderquartals.

Die Rückzahlung des Kommanditkapitals an den Anleger soll prognosegemäß nach Liquidation der Fondsgesellschaft erfolgen.

Um der Fondsgesellschaft beizutreten sowie die mit der Beteiligung verbundenen Rechtsgeschäfte abzuschließen, hat der Anleger die vollständig ausgefüllten und von ihm unterzeichneten Zeichnungsunterlagen über seinen Anlageberater bzw. Anlagevermittler bei der Treuhänderin einzureichen. Die unterzeichnete Beitrittsvereinbarung stellt ein rechtsverbindliches Angebot zum Erwerb der mittelbaren Beteiligung im Wege des Abschlusses eines Treuhandvertrages zwischen dem Anleger als Treugeber und der Treuhänderin und der Fondsgesellschaft dar. Die Annahme des Erwerbsangebots des Anlegers erfolgt durch die Treuhänderin, indem die Treuhänderin den Beitritt durch Übersendung einer gegengezeichneten Kopie der Beitrittserklärung in Textform annimmt. Der Beitritt zur Fondsgesellschaft kommt durch diese Annahme zustande. Auf Anforderung des Treugebers wird die Treuhänderin die Annahme in Briefform bestätigen.

Mindestlaufzeit des Vertrages/Dauer der Fondsgesellschaft/Laufzeit des Treuhandvertrags/Kündigung

Die Fondsgesellschaft ist grundsätzlich bis zum 31. Dezember 2034 befristet und tritt sodann in Liquidation. Die Gesellschafter, einschließlich der Anleger, können die Laufzeit der Fondsgesellschaft nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages durch Beschluss mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen (einfache Mehrheit) in einem oder mehreren Schritten um insgesamt bis zu drei Jahre verlängern.

Eine ordentliche Kündigung der Beteiligung an der Fondsgesellschaft durch Anleger ist ausgeschlossen. Die Anleger können die Beteiligung an der Fondsgesellschaft nur außerordentlich kündigen.

Den Treuhandvertrag schließt der Anleger für die Zeit der Beteiligung der Treuhänderin an der Fondsgesellschaft; er endet automatisch, ohne dass es einer Kündigung bedarf, sofern und soweit die mittelbare Beteiligung des Anlegers an der Fondsgesellschaft endet, spätestens aber mit der Beendigung der Fondsgesellschaft. Der Anleger kann den Treuhandvertrag zum Ende eines Jahres, erstmals zum 31. Dezember 2026, mit einer Frist von sechs Monaten kündigen. Die Kündigung des Treuhandvertrages durch den Anleger hat durch eingeschriebenen Brief an die Treuhänderin zu erfolgen.

Der Anleger kann seine Beteiligung auch im Außenverhältnis übernehmen und sich als Kommanditist mit seiner bisher treuhänderisch gehaltenen Haftsumme in das Handelsregister eintragen lassen. Die Übertragung erfolgt mit Eintragung des Anlegers in das Handelsregister, ohne dass es weiterer Rechtsakte bedarf. Mit der Übertragung endet das Außentreuhandverhältnis und der Treuhandvertrag.

Die Treuhänderin ist berechtigt, das Treuhandverhältnis mit einer Frist von sechs Monaten zum 31. Dezember eines jeden Jahres,

erstmals zum 31. Dezember 2035, schriftlich gegenüber allen Anlegern gemeinsam zu kündigen. In diesem Falle werden die Anleger, die nicht schon bisher unmittelbar als Kommanditisten an der Gesellschaft beteiligt waren, mit ihren bisher treuhänderisch gehaltenen Kommanditeinlagen Kommanditisten der Fondsgesellschaft.

Das Recht, den Treuhandvertrag aus wichtigem Grund zu kündigen, bleibt für die Treuhänderin und den Anleger unberührt.

Zeichnungssumme, Agio und Zahlungsmodalitäten

Die Mindestzeichnungssumme beträgt EUR 5.000,00. Höhere Summen müssen ohne Rest durch 1.000 teilbar sein. Die Anleger haben ferner auf die von ihnen jeweils gezeichneten Kommanditeinlagen ein Agio in Höhe von 5,00 % zu zahlen. Es steht der KVG frei, einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu erheben. Die vom Anleger zu leistende Kommanditeinlage ist zuzüglich Agio zu dem in der Beitrittsklärung genannten Zahlungstermin auf das ebenfalls in der Beitrittsklärung angegebene Konto der Fondsgesellschaft zu zahlen. Leistet ein Anleger den von ihm auf seine Kommanditeinlage geschuldeten Betrag verspätet, kommt er ohne das Erfordernis einer Mahnung in Verzug. Einem Anleger können Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz p. a. bezogen auf den rückständigen Teil der Kommanditeinlage berechnet werden. Wird die Kommanditeinlage trotz schriftlicher Fristsetzung mit Ausschlussandrohung ganz oder teilweise nicht geleistet, ist die Treuhänderin berechtigt und verpflichtet, im Namen der Gesellschaft von dem Beitrittsvertrag zurückzutreten. Die Geltendmachung von darüber hinausgehenden Schadensersatzforderungen bleibt davon unberührt.

Vom Anleger zu entrichtender Gesamtbetrag zum Erwerb der Beteiligung/Weitere Kosten/Steuern

Die Anleger leisten die in der Beitrittsklärung jeweils vereinbarten Pflichteinlagen (Zeichnungssumme) zuzüglich Agio in Höhe von 5,00 %. Es steht der KVG frei, einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu erheben. Die weiteren Kosten im Zusammenhang mit dem Erwerb der Anteile an der Fondsgesellschaft sowie die weiteren Leistungen im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Fondsgesellschaft sind im Verkaufsprospekte in Kapitel 13 „Fondskosten“, S. 66 ff., dargestellt. Weitere Kosten und Leistungen hat der Anleger im Zusammenhang mit dem Erwerb der Beteiligung an der Gesellschaft weder gegenüber der Fondsgesellschaft, der KVG noch der Treuhänderin zu erbringen; insbesondere hat er keine weiteren Zahlungen an diese zu leisten.

Eigene Kosten für Telefon, Internet, Porto und Überweisungen sowie für die eigene Beauftragung von Steuerberatern, Rechtsanwälten, Anlageberatern, Anlagevermittlern, Vermögensberatern oder sonstigen Beratern hat der Anleger selbst zu tragen. Die Höhe dieser Kosten kann nicht konkret genannt werden, da diese anlegerspezifisch sind und daher variieren. Für die Nutzung von Fernkommunikationsmitteln berechnen die Fondsgesellschaft, die Treuhänderin und die KVG keine Kosten.

Der Anleger trägt alle im Zusammenhang mit seiner Beteiligung an der Fondsgesellschaft anfallenden Steuern selbst. Die steuerlichen Auswirkungen der Beteiligung an der Fondsgesellschaft für den An-

leger sind im Verkaufsprospekt in Kapitel 15 „Bedeutende Steuervorschriften“, S. 71 ff., dargestellt.

Spezielle Risiken

Bei dem vorliegenden Beteiligungsangebot handelt es sich um ein Finanzinstrument, das wegen seiner spezifischen Merkmale mit speziellen Risiken behaftet ist, auf die die Fondsgesellschaft, die Treuhänderin und die KVG keinen Einfluss haben.

Es besteht insbesondere das Risiko des Totalverlusts des eingesetzten Kapitals (Zeichnungssumme/Kommanditeinlage nebst Agio).

In der Vergangenheit erwirtschaftete Erträge sind kein Indikator für künftige Erträge.

Die wesentlichen Risiken der Beteiligung an der Gesellschaft sind im Verkaufsprospekt in Kapitel 3 „Risikohinweise“, S. 12 ff., beschrieben, worauf verwiesen wird.

Widerrufsrecht

Dem Anleger steht ein gesetzliches Widerrufsrecht zu (siehe die Widerrufsbelehrung in den Zeichnungsunterlagen).

Anwendbares Recht, Gerichtsstand

Die Rechtsbeziehungen aus dem Gesellschaftsvertrag und dem Treuhandvertrag unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Hinsichtlich des Gerichtsstands gelten die gesetzlichen Vorgaben.

Sprache

Die Sprache der Vertragsbedingungen und damit die Vertragssprache ist Deutsch. Die Kommunikation zwischen der Fondsgesellschaft, der Treuhänderin und den Anlegern erfolgt ausschließlich in deutscher Sprache.

Außergerichtliche Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren

Hat der Anleger seine Beteiligung durch Abschluss eines Fernabsatzvertrages erworben, kann der Anleger bei Streitigkeiten aus der Anwendung der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) betreffend Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen unbeschadet seines Rechts, die Gerichte anzurufen, eine zuständige anerkannte Verbraucherschlichtungsstelle anrufen. Eine aktuelle Liste der anerkannten Verbraucherschlichtungsstellen kann jederzeit von der Internetseite des Bundesamts für Justiz www.bundesjustizamt.de/verbraucherstreitbeilegung heruntergeladen werden.

Zuständige anerkannte Verbraucherschlichtungsstellen sind gegenwärtig:

1. Universalschlichtungsstelle des Bundes –
Zentrum für Schlichtung e. V.
Straßburger Straße 8
77694 Kehl am Rhein
Tel.: + 49 7851 795 79 40
Fax: + 49 7851 795 79 41
E-Mail: mail@universalschlichtungsstelle.de

Die Zugangsvoraussetzungen ergeben sich aus der Verfahrensordnung der Universalschlichtungsstelle des Bundes – Zentrum für Schlichtung e. V., die auf der Internetseite www.universalschlichtungsstelle.de erhältlich ist und abgerufen werden kann.

2. Außergerichtliche Streitbelegungsstelle für Verbraucher und Unternehmer e. V.

Gohliser Str. 6
04105 Leipzig

Tel.: + 49 341 56 11 63 70

Fax: + 49 341 56 11 63 71

E-Mail: kontakt@streitbelegungsstelle.org

Die Zugangsvoraussetzungen ergeben sich aus der Verfahrensordnung der Außergerichtlichen Streitbelegungsstelle für Verbraucher und Unternehmer e. V., die auf der Internetseite www.streitbelegungsstelle.org erhältlich ist und abgerufen werden kann.

Ist keine anerkannte Verbraucherschlichtungsstelle zuständig, kann der Anleger die bei der Deutschen Bundesbank eingerichtete Schlichtungsstelle anrufen:

Deutsche Bundesbank – Schlichtungsstelle –

Postfach 10 06 02

60006 Frankfurt am Main

Tel.: + 49 69 95 66 332 32

Fax: + 49 69 70 90 90 99 01

E-Mail: schlichtung@bundesbank.de

Die Zugangsvoraussetzungen zu dieser Schlichtungsstelle ergeben sich aus der Finanzschlichtungsstellenverordnung, die auf der Internetseite www.bundesbank.de/de/service/schlichtungsstelle erhältlich ist und abgerufen werden kann.

Der Anleger kann sich bei Streitigkeiten mit einem Unternehmen im Zusammenhang mit dem Kapitalanlagegesetzbuch an die Schlichtungsstelle der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wenden. Sofern es hinsichtlich dieser Streitigkeiten eine anerkannte Verbraucherschlichtungsstelle gibt, kann sich der Anleger gleichwohl an die Schlichtungsstelle der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wenden, die den Schlichtungsantrag automatisch an die zuständige Schlichtungsstelle weiterleitet.

Informationen über dieses Schlichtungsverfahren und über seine Voraussetzungen sind u. a. auf der Internetseite der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erhältlich. Die Schlichtungsstelle ist wie folgt erreichbar:

Schlichtungsstelle bei der Bundesanstalt für

Finanzdienstleistungsaufsicht

Referat ZR 4

Graurheindorfer Straße 108

53117 Bonn

Tel.: + 49 228 410 8-0

Fax: + 49 228 410 8-62299

E-Mail: schlichtungsstelle@bafin.de

Internet: www.bafin.de

Garantiefonds oder andere Entschädigungsregelungen

Für die Beteiligung an der Fondsgesellschaft gibt es keinen Garantiefonds oder andere Entschädigungsregelungen.

Volatilität

Die Fondsgesellschaft wird mittelbar über die Objektgesellschaft(en) in Sachwerte in Form von Transportmitteln aus dem Logistikbereich investieren. Diese Transportmittel unterliegen Wertschwankungen. Die Objektgesellschaft(en) und damit mittelbar die Fondsgesellschaft weisen daher eine Volatilität auf. Das bedeutet, dass die Anteile an der Fondsgesellschaft Wertschwankungen unterliegen. Der Wert der Anteile kann fallen oder steigen.

Gültigkeitsdauer dieser Informationen

Diese Verbraucherinformationen gemäß § 312d Absatz 2 BGB i. V. m. Art. 246b EGBGB sind bis zur Bekanntgabe von Änderungen gültig.

Ende der Verbraucherinformationen

Hinweis: Soweit in diesem Dokument auf natürliche Personen Bezug genommen wird, werden allein zum Zwecke besserer Lesbarkeit ausschließlich männliche Formen verwendet. Nichtsdestotrotz beziehen sich diese Angaben auf Angehörige aller Geschlechter.



Bitte per E-Mail / Fax vorab
Anschließend Originale an:
Intermediär
HW HanseInvest GmbH
Flößstraße 22a
90763 Fürth
Tel: 0911/780619-0
Fax: 0911/780619-59
E-Mail: zeichnung@hw-hanseinvest.de

II. BEITRITTSERKLÄRUNG FÜR NATÜRLICHE PERSONEN

1. | PERSÖNLICHE ANGABEN

Herr Frau Divers

Titel Vorname(n)

Nachname

Geburtsdatum

Geburtsort und -land

Straße / Hausnummer

PLZ / Wohnort / Land

Tel.-Nr. (tagsüber erreichbar)

E-Mail-Adresse

Zuständiges Wohnsitz-Finanzamt

Steuer-Identifikationsnummer

Abweichende Versandanschrift (wenn Postanschrift nicht Wohnort)

Vorname(n)

Nachname

Straße / Hausnr. / Postfach / c / o

PLZ / Ort / Land

Kontoinhaber (falls nicht der / die Zeichner / -in)

Vorname(n)

Nachname

Name der Bank

IBAN

BIC

2. | BETEILIGUNG

2.1 | Pflichteinlage und Ausgabeaufschlag (Agio), Einzahlung des Ausgabepreises

Ich, der / die Unterzeichnende, beteilige mich an der Solvium Transportlogistik Fonds GmbH & Co. geschlossene Investment-KG mit Sitz in 22767 Hamburg, Große Elbstraße 14 (nachfolgend die „Fondsgesellschaft“), in Höhe von:

_____ Pflichteinlage (Zeichnungsbetrag) in EUR	_____ Pflichteinlage in Worten
_____ Agio i.H.v. bis zu 5 % bezogen auf die Pflichteinlage in EUR	_____ Agio in Worten
_____ Gesamtbetrag (Ausgabepreis) in EUR	_____ Gesamtbetrag in Worten

Hinweis: Die Pflichteinlage beträgt mindestens EUR 5.000 („Mindestzeichnungssumme“). Höhere Summen müssen ohne Rest durch 1.000 teilbar sein.

Ich werde den Gesamtbetrag (Ausgabepreis) in EUR, bestehend aus der Pflichteinlage zzgl. des Agios, innerhalb von 14 Tagen nach Aufforderung auf das nachstehend angegebene Konto der Fondsgesellschaft einzahlen:

Kontoinhaber: Solvium Transportlogistik
Fonds GmbH & Co. geschlossene Investment-KG
Bank: ABN AMRO Bank N.V., Frankfurt Branch
IBAN: DE27 5032 4000 3000 0323 55
BIC: FTSBDEFA
Verwendungszweck: Solvium Transportlogistik Fonds – Name, Vorname – Beteiligung-Nr.*

* mit separatem Schreiben wird dem / der Zeichner / in die Beteiligungs-Nr. mitgeteilt, die bei Einzahlung ebenfalls anzugeben ist

Für die Rechtzeitigkeit der Zahlung gilt der Zahlungseingang auf dem vorstehend genannten Konto.

2.2 | Beitritt als Treugeber / in

Ich möchte der Fondsgesellschaft **mittelbar als Treugeber / in** gemäß dem Verkaufsprospekt, dem im Verkaufsprospekt abgedruckten Treuhandvertrag und dem Gesellschaftsvertrag, dem Basisinformationsblatt sowie den Anlagebedingungen beitreten. Hiermit biete ich der STA Sachwert-Treuhand Altona GmbH & Co. KG, Große Elbstraße 14, 22767 Hamburg (nachfolgend „Treuänderin“) den Abschluss des im Verkaufsprospekt abgedruckten Treuhandvertrages und damit meinen mittelbaren Beitritt in die Fondsgesellschaft an. Ich beauftrage die Treuhänderin, meine Beteiligung treuhänderisch für mich nach den Bestimmungen des Treuhandvertrages und des Gesellschaftsvertrages der Fondsgesellschaft zu erwerben, zu halten und zu verwalten.

2.3 | Beteiligung / Annahme der Beitrittserklärung für Treugeber / innen

Der Treuhandvertrag und damit meine Beteiligung an der Fondsgesellschaft kommt mit der Annahme dieser Beitrittserklärung durch die Treuhänderin zustande. Die Treuhänderin kann den Beitritt durch Übersendung einer gegengezeichneten Kopie der Beitrittserklärung in Textform annehmen. Auf Anforderung des Treugebers wird er dies in Briefform bestätigen.

Ich erkenne für meine Beteiligung an der Fondsgesellschaft den Gesellschaftsvertrag, den Treuhandvertrag, den Verkaufsprospekt ggf. mit Nachträgen und / oder den Verkaufsprospekt ergänzenden Informationen, die Anlagebedingungen, das Basisinformationsblatt und diese Beitrittserklärung samt Anlagen jeweils als für mich verbindlich an.

2.4 | Aktualisierung der Daten

Ich bin gemäß § 5 Nr. 6 des Gesellschaftsvertrages verpflichtet, der Fondsgesellschaft jegliche Änderungen meiner Kontaktdaten sowie meiner sonstigen Bestandsdaten und Änderungen bezüglich der Rechtsinhaberschaft der Beteiligung unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

2.5 | Informationen zur Datenverarbeitung

Die in dieser Beitrittserklärung angegebenen personenbezogenen Daten werden durch die Hamburg Asset Management HAM Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH, Große Elbstraße 14, 22767 Hamburg als Kapitalverwaltungsgesellschaft zur Durchführung (Verwaltung) der Beteiligung verarbeitet. Nähere Informationen zur Datenverarbeitung sind in den beigefügten Datenschutzhinweisen (Anlage 4) enthalten.

2.6 | Risikohinweis und Anerkennung

Für die Beteiligung sind ausschließlich der Inhalt dieser Beitrittserklärung nebst, einschließlich der Widerrufsbelehrung, den Anlagen sowie die Anlagebedingungen, das Basisinformationsblatt, der Verkaufsprospekt (ggf. mit Nachträgen und / oder den Verkaufsprospekt ergänzenden Informationen) einschließlich Gesellschafts- und Treuhandvertrag und den Risikohinweisen verbindlich. Es besteht das Risiko eines Totalverlusts des eingesetzten Kapitals und des Agios.

3. | WIDERRUFSBELEHRUNG FÜR VERBRAUCHER (§ 13 BGB)

Widerrufsbelehrung

Abschnitt 1

Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung **innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen**. Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags und nachdem Sie die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie **alle nachstehend unter Abschnitt 2 aufgeführten Informationen** auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) **erhalten haben. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs**, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an: STA Sachwert-Treuhand Altona GmbH & Co. KG, Große Elbstraße 14, 22767 Hamburg, Telefax: 040 / 756 63 98 79, E-Mail: info@sta-altona.de

Abschnitt 2

Für den Beginn der Widerrufsfrist erforderliche Informationen

Die Informationen im Sinne des Abschnitts 1 Satz 2 umfassen folgende Angaben:

1. die Identität des Unternehmers; anzugeben ist auch das öffentliche Unternehmensregister, bei dem der Rechtsträger eingetragen ist, und die zugehörige Registernummer oder gleichwertige Kennung;
2. die Hauptgeschäftstätigkeit des Unternehmers und die für seine Zulassung zuständige Aufsichtsbehörde;
3. die Identität des Vertreters des Unternehmers in dem Mitgliedstaat der Europäischen Union, in dem der Verbraucher seinen Wohnsitz hat, wenn es einen solchen Vertreter gibt, oder einer anderen gewerblich tätigen Person als dem Unternehmer, wenn der Verbraucher mit dieser Person geschäftlich zu tun hat, und die Eigenschaft, in der diese Person gegenüber dem Verbraucher tätig wird;

(Hinweis: Die Widerrufsbelehrung wird auf der folgenden Seite fortgesetzt.)

4. zur Anschrift
 - a) die ladungsfähige Anschrift des Unternehmers und jede andere Anschrift, die für die Geschäftsbeziehung zwischen dem Unternehmer und dem Verbraucher maßgeblich ist, bei juristischen Personen, Personenvereinigungen oder Personengruppen auch den Namen des Vertretungsberechtigten;
 - b) jede andere Anschrift, die für die Geschäftsbeziehung zwischen dem Verbraucher und einem Vertreter des Unternehmers oder einer anderen gewerblich tätigen Person als dem Unternehmer, wenn der Verbraucher mit dieser Person geschäftlich zu tun hat, maßgeblich ist, bei juristischen Personen, Personenvereinigungen oder Personengruppen auch den Namen des Vertretungsberechtigten;
5. die wesentlichen Merkmale der Finanzdienstleistung sowie Informationen darüber, wie der Vertrag zustande kommt;
6. den Gesamtpreis der Finanzdienstleistung einschließlich aller damit verbundenen Preisbestandteile sowie alle über den Unternehmer abgeführten Steuern oder, wenn kein genauer Preis angegeben werden kann, seine Berechnungsgrundlage, die dem Verbraucher eine Überprüfung des Preises ermöglicht;
7. gegebenenfalls zusätzlich anfallende Kosten sowie einen Hinweis auf mögliche weitere Steuern oder Kosten, die nicht über den Unternehmer abgeführt oder von ihm in Rechnung gestellt werden;
8. den Hinweis, dass sich die Finanzdienstleistung auf Finanzinstrumente bezieht, die wegen ihrer spezifischen Merkmale oder der durchzuführenden Vorgänge mit speziellen Risiken behaftet sind oder deren Preis Schwankungen auf dem Finanzmarkt unterliegt, auf die der Unternehmer keinen Einfluss hat, und dass in der Vergangenheit erwirtschaftete Erträge kein Indikator für künftige Erträge sind;
9. eine Befristung der Gültigkeitsdauer der zur Verfügung gestellten Informationen, beispielsweise die Gültigkeitsdauer befristeter Angebote, insbesondere hinsichtlich des Preises;
10. Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung und der Erfüllung;
11. alle spezifischen zusätzlichen Kosten, die der Verbraucher für die Benutzung des Fernkommunikationsmittels zu tragen hat, wenn solche zusätzlichen Kosten durch den Unternehmer in Rechnung gestellt werden;
12. das Bestehen oder Nichtbestehen eines Widerrufsrechts sowie die Bedingungen, Einzelheiten der Ausübung, insbesondere Name und Anschrift desjenigen, gegenüber dem der Widerruf zu erklären ist, und die Rechtsfolgen des Widerrufs einschließlich Informationen über den Betrag, den der Verbraucher im Fall des Widerrufs für die erbrachte Leistung zu zahlen hat, sofern er zur Zahlung von Wertersatz verpflichtet ist (zugrunde liegende Vorschrift: § 357b des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
13. die Mindestlaufzeit des Vertrags, wenn dieser eine dauernde oder regelmäßig wiederkehrende Leistung zum Inhalt hat;
14. die vertraglichen Kündigungsbedingungen einschließlich etwaiger Vertragsstrafen;
15. die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, deren Recht der Unternehmer der Aufnahme von Beziehungen zum Verbraucher vor Abschluss des Vertrags zugrunde legt;
16. eine Vertragsklausel über das auf den Vertrag anwendbare Recht oder über das zuständige Gericht;
17. die Sprachen, in denen die Vertragsbedingungen und die in dieser Widerrufsbelehrung genannten Vorabinformationen mitgeteilt werden, sowie die Sprachen, in denen sich der Unternehmer verpflichtet, mit Zustimmung des Verbrauchers die Kommunikation während der Laufzeit dieses Vertrags zu führen;
18. den Hinweis, ob der Verbraucher ein außergerichtliches Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren, dem der Unternehmer unterworfen ist, nutzen kann, und gegebenenfalls dessen Zugangsvoraussetzungen;
19. das Bestehen eines Garantiefonds oder anderer Entschädigungsregelungen, die weder unter die gemäß der Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 149; L 212 vom 18.7.2014, S. 47; L 309 vom 30.10.2014, S. 37) geschaffenen Einlagensicherungssysteme noch unter die gemäß der Richtlinie 97/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. März 1997 über Systeme für die Entschädigung der Anleger (ABl. L 84 vom 26.3.1997, S. 22) geschaffenen Anlegerentschädigungssysteme fallen.

Abschnitt 3

Widerrufsfolgen

Im Fall eines wirksamen Widerrufs **sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren**. Sie sind zur **Zahlung von Wertersatz** für die bis zum Widerruf erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass vor dem Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung begonnen werden kann. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf dennoch erfüllen müssen. **Ihr Widerrufsrecht erlischt** vorzeitig, wenn der Vertrag **von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist**, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben. **Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden**. Diese Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang.

Ende der Widerrufsbelehrung

4. | IDENTITÄTSPRÜFUNG (vom Identifizierenden auszufüllen)

Die Identitätsprüfung erfolgt über das POSTIDENT-Verfahren (siehe Coupon für POSTIDENT auf Seite 19)

oder

Die Identitätsprüfung erfolgt über das Video-Ident-Verfahren (bitte besuchen Sie <https://www.sta-altona.de>, dort unter dem Reiter „Leistung“)

oder

Persönliche Identitätsprüfung:

Ich bestätige, dass der Zeichner für die Identifizierung anwesend war und ich die Angaben anhand des Originals eines gültigen amtlichen Ausweises (Personalausweis, Reisepass) überprüft habe. Eine Kopie des Ausweises (Vorderseite und Rückseite) oder alternativ eine Kopie anderer Originale von Legitimationsunterlagen ist beigelegt.

Angaben zur natürlichen Person:

Legitimationspapier:	Personalausweis	Reisepass
Personalausweis- / Reisepass-Nr.	Ausstellungsdatum	
Ausstellende Behörde	Ausstellungsort	
Gültigkeitsdatum		

Legitimationspapiere müssen bei Unterzeichnung und Annahme durch die Treuhänderin gültig sein. Das Foto des Zeichners muss auf der einzureichenden Kopie gut erkennbar sein.

Ich habe die Identifizierung durchgeführt in meiner Eigenschaft als:

Mitarbeiter eines Kreditinstituts / Finanzdienstleistungsinstituts i. S. v. § 1 Abs. 1 bzw. Abs. 1a Kreditwesengesetz (KWG), jeweils mit Erlaubnis nach § 32 KWG.

Finanzanlagenvermittler nach § 34f GewO / Honorar-Finanzanlagenberater nach § 34h GewO.

Mitarbeiter eines Wertpapierinstitutes nach § 15 WpIG.

Wirtschaftsprüfer, vereidigter Buchprüfer, Steuerberater oder Steuerbevollmächtigter.

Die Identifizierung erfolgte durch:

Vor- und Nachname(n) bzw. Firma des / der Identifizierenden in Druckschrift	
Geschäftsanschrift des / der Identifizierenden	
Ort, Datum	Unterschrift / Stempel des / der Identifizierenden

5. | ORT DER UNTERZEICHNUNG DER BEITRITTSERKLÄRUNG

Diese Beitrittserklärung habe ich

innerhalb der Geschäftsräume des Vermittlers

außerhalb der Geschäftsräume des Vermittlers, bei gleichzeitiger Anwesenheit des Vermittlers

im Wege des Fernabsatzes (das heißt unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln, wie z. B. Brief, E-Mail) unterzeichnet.

6. | UNTERZEICHNUNG UND ANNAHME DER BEITRITTSERKLÄRUNG FÜR DIE BETEILIGUNG AN DER FONDSGESELLSCHAFT UND WEITERE ERKLÄRUNGEN

Die Annahme der Beitrittserklärung setzt voraus, dass ich sie nebst Anlagen vollständig und ordnungsgemäß ausgefüllt und rechtsverbindlich unterzeichnet der Anlegerverwaltung und Treuhänderin STA Sachwert-Treuhand Altona GmbH & Co. KG, Große Elbstraße 14, 22767 Hamburg im Original zur Verfügung gestellt habe.

Unterschrift des Zeichners

Ort, Datum



Unterschrift des Zeichners

Annahme des Angebots durch die Treuhänderin

Ort, Datum

Unterschrift der Treuhänderin

Einverständniserklärung unverschlüsselter E-Mailversand

Hiermit erkläre ich mich damit einverstanden, dass – soweit gesetzlich zulässig und im Gesellschaftsvertrag der Fondsgesellschaft nicht anders geregelt – sämtlichen Schriftverkehr rund um meine Beteiligung an der Solvium Transportlogistik Fonds GmbH & Co. geschlossene Investment-KG unverschlüsselt per E-Mail zu erhalten. Meine E-Mail-Adresse für den Versand habe ich im Abschnitt „Persönliche Daten“ auf Seite 6 angegeben.

Ort, Datum



Unterschrift des Zeichners

Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung Solvium Capital Vertriebs GmbH:

Hiermit willige ich ein, dass die KVG und die Treuhandkommanditistin meine personenbezogenen Daten und Angaben aus dieser Beitrittserklärung zum Zwecke der Durchführung der Beteiligung, zur Kundenbetreuung sowie zur Provisionsabrechnung gegenüber Vertriebspartnern an die von der KVG beauftragte Vertriebsgesellschaft Solvium Capital Vertriebs GmbH, übermittelt und die Solvium Capital Vertriebs GmbH diese Daten und Angaben zu den vorgenannten Zwecken speichert, verarbeitet und nutzt. Diese Erklärung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Darüber hinaus willige ich ein, dass die Solvium Capital Vertriebs GmbH meine vorgenannten personenbezogenen Daten und Angaben sowie die Informationen, dass die Treuhandkommanditistin meine Beitrittserklärung angenommen hat und die Widerrufsfrist abgelaufen ist, an den auf Seite 11 dieses Dokuments genannten Vermittler übermitteln darf. Auch diese Erklärung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

Ort, Datum



Unterschrift des Zeichners

Bitte senden Sie die ausgefüllte und an allen dafür vorgesehenen Stellen unterzeichnete Beitrittserklärung mit Anlagen* an:

STA Sachwert-Treuhand Altona GmbH & Co. KG
zu Händen der Empfangsbevollmächtigten Solvium Capital Vertriebs GmbH
an die Adresse:
Solvium Capital Vertriebs GmbH
ABC-Straße 21
20354 Hamburg

*Anlagen: Anlage 1: Feststellung wirtschaftlich Berechtigter und Erklärung zur Feststellung PEP
Anlage 2: Selbstauskunft natürliche Personen CRS und FATCA-USA
Anlage 3: Empfangsbestätigung
Anlage 4: Datenschutzhinweise gemäß EU-Datenschutz-Grundverordnung

Angaben zum Vermittler

Name / Firma des Vermittlers

Anschrift des Vermittlers

Ort, Datum



Unterschrift und Stempel des Vermittlers



ANLAGE 1 ZUR BEITRITTSERKLÄRUNG FÜR NATÜRLICHE UND JURISTISCHE PERSONEN

Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten gemäß Geldwäschegesetz (GWG)

Wirtschaftlich berechtigt ist die natürliche Person oder sind mehrere natürliche Personen, in deren Eigentum oder unter deren Kontrolle der Vertragspartner letztlich steht oder die natürliche Person(en), auf deren Veranlassung eine Transaktion letztlich durchgeführt oder eine Geschäftsbeziehung letztlich begründet wird (§ 3 Abs. 1 Geldwäschegesetz).

Ich bestätige hiermit durch ankreuzen:

Ich handle beim Erwerb der Beteiligung im eigenen Namen und auf eigene Rechnung und ich bin der wirtschaftlich Berechtigte. Ich handle nicht für mich selbst, sondern für den bzw. die nachfolgenden wirtschaftlich Berechtigten:

Name des / der wirtschaftlich Berechtigten*

Meldeadresse des bzw. der wirtschaftlich Berechtigten*

Geburtsdatum und Geburtsort des / der wirtschaftlich Berechtigten*

Staatsangehörigkeit*

* Bei juristischen Personen sind diese Angaben für alle wirtschaftlich Berechtigten zu ergänzen. Ein aktueller Handelsregisterauszug, eine aktuelle Gesellschafterliste mit Anteilshöhen und Stimmrechtsangaben sowie ein Auszug aus dem Transparenzregister sind in Anlage beizufügen.

Erklärung zur Feststellung von politisch exponierten Personen (PEP)

Politisch exponierte Person ist jede Person, die ein hochrangiges wichtiges öffentliches Amt auf internationaler, europäischer oder nationaler Ebene ausübt oder ausgeübt hat oder ein öffentliches Amt unterhalb der nationalen Ebene, dessen politische Bedeutung vergleichbar ist, ausübt oder innerhalb des letzten Jahres ausgeübt hat (z. B. Mitglied einer Regierung, der EU-Kommission, eines Parlaments, des Führungsgremiums einer politischen Partei, eines obersten Gerichts, des Leitungsorgans eines Rechnungshofs oder einer Zentralbank, des Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgans eines staatseigenen Unternehmens; Botschafter; Direktoren, stellvertretende Direktoren, Mitglied des Leitungsorgans oder sonstiger Leiter mit vergleichbarer Funktion in einer zwischenstaatlichen internationalen oder europäischen Organisation; Personen, die Ämter inneha-

ben, welche in der nach Art. 1 Nr. 13 der Richtlinie (EU) 2018/843 von der Europäischen Kommission veröffentlichten Liste enthalten sind).

Familienmitglied ist ein naher Angehöriger einer politisch exponierten Person, insbesondere der Ehepartner oder eingetragene Lebenspartner, ein Kind und dessen Ehepartner oder eingetragener Lebenspartner sowie jeder Elternteil.

Bekanntermaßen nahestehende Person ist eine natürliche Person, die gemeinsam mit einer politisch exponierten Person wirtschaftlich Berechtigter eines Unternehmens oder eines Trusts ist, oder zu einer politisch exponierten Person sonstige enge Geschäftsbeziehungen unterhält oder alleiniger wirtschaftlich Berechtigter eines Unternehmens oder Trusts ist, bei der Grund zu der Annahme besteht, dass dessen Errichtung faktisch zugunsten einer politisch exponierten Person erfolgte.

Ich bestätige hiermit durch Ankreuzen, dass ich als wirtschaftlich Berechtigter (nur von natürlichen Personen auszufüllen)

selbst keine politisch exponierte Person, kein Familienmitglied einer politisch exponierten Person und keine einer politisch exponierten Person bekanntermaßen nahestehende Person bin.

oder

eine politisch exponierte Person bzw. ein Familienmitglied einer politisch exponierten Person bzw. eine einer politisch exponierten Person bekanntermaßen nahestehende Person bin. Ich lege daher meine Position offen und erkläre, dass meine Vermögenswerte, die im Rahmen der Geschäftsbeziehung oder der Transaktion eingesetzt werden, nicht aus Tätigkeiten herrühren, die das geltende Recht verletzen.

Für den Fall, dass ich für einen wirtschaftlich Berechtigten handle, bestätige ich hiermit durch Ankreuzen, dass:

der wirtschaftlich Berechtigte keine politisch exponierte Person, kein Familienmitglied einer politisch exponierten Person sowie keine einer politisch exponierten Person bekanntermaßen nahestehende Person ist.

oder

es sich bei dem wirtschaftlich Berechtigten um eine politisch exponierte Person bzw. um ein Familienmitglied einer politisch exponierten Person bzw. um eine einer politisch exponierten Person bekanntermaßen nahestehende Person handelt. Ich lege daher seine Position offen und erkläre, dass seine Vermögenswerte, die im Rahmen der Geschäftsbeziehung oder der Transaktion eingesetzt werden, nicht aus Tätigkeiten herrühren, die das geltende Recht verletzen.

Genaue Bezeichnung seiner Position / Beziehung zur politisch exponierten Person:

Tätigkeit

Amt / Funktion

Ort und Land

Für den Fall, dass ich oder der wirtschaftlich Berechtigte eine politisch exponierte Person bin / ist, mache ich folgende Angaben zur Herkunft der Vermögenswerte:

Die Vermögenswerte zum Erwerb dieser Beteiligung stammen aus den folgenden Quellen:

Mittelherkunft (z. B. Ersparnisse, Erbschaft, Veräußerung von Vermögen)

Änderungen der vorgenannten Angaben werde ich der Treuhänderin während des Bestehens meiner Beteiligung an der Fondsgesellschaft unaufgefordert und unverzüglich schriftlich anzeigen.

Ort, Datum



Unterschrift des Zeichners

ANLAGE 2 ZUR BEITRITTSERKLÄRUNG FÜR NATÜRLICHE PERSONEN

Selbstauskunft natürliche Person

zur steuerlichen Ansässigkeit gemäß Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz (CRS) und FATCA-USA-Umsetzungsverordnung

Name		Vorname	
------	--	---------	--

Nach den gesetzlichen Vorgaben des „Finanzkonten-Informationsaustauschgesetzes“ sind die Anbieter geschlossener Investmentvermögen verpflichtet, die steuerliche Ansässigkeit des Anlegers für Zwecke des internationalen Informationsaustausches in Steuersachen (CRS – Common Reporting Standard der OECD) im Wege einer Selbstauskunft abzufragen. Bei mehreren Anlegern hat jeder eine gesonderte Selbstauskunft auszufüllen.

Durch die FATCA-USA-Umsetzungsverordnung (FATCA: Foreign Account Tax Compliance Act) ist die Investmentgesellschaft verpflichtet, im Wege einer Selbstauskunft des Anlegers eine Staatsangehörigkeit des Anlegers in den USA sowie eine steuerliche Ansässigkeit des Anlegers in den USA abzufragen und bestimmte Anlegerinformationen an das Bundeszentralamt für Steuern zu melden. Von dort aus werden die Informationen an die Steuerbehörde der USA (IRS) gemeldet. Übermittelt werden insbesondere Name, Anschrift, Steuer-Identifikationsnummer („Tax Identification Number – TIN“) des Anlegers sowie Angaben zum Beteiligungskonto (Kontosaldo oder Kontowert, Gesamtbruttobetrag aus Zinsen, Dividenden, Veräußerungserlösen oder anderen Einkünften). Zur Erfüllung dieser gesetzlichen Pflichten füllen Sie bitte die nachfolgenden Selbstauskünfte vollständig und wahrheitsgemäß aus. Für Nachfragen im Zusammenhang mit steuerrechtlichen Fragestellungen empfiehlt sich die Abstimmung mit einem steuerlichen Berater.

Ich / Wir bin / sind ausschließlich in Deutschland steuerlich ansässig und gelte auch in keinem anderen Land als steuerlich ansässig.
Ja Nein

Ich / Wir bin / sind Staatsangehörige(r) der Vereinigten Staaten von Amerika.
Ja Nein

Ich / Wir bin / sind in den Vereinigten Staaten von Amerika steuerlich ansässig (siehe Erläuterungen).
Ja Nein

Bitte listen Sie nachfolgend sämtliche Staaten (außerhalb Deutschlands) auf, in denen Sie steuerlich ansässig sind oder in denen Sie als steuerlich ansässig gelten. Soweit vorhanden, geben Sie bitte auch die jeweils zugehörige Steuer-Identifikationsnummer dieser Staaten an. Gibt der betreffende Ansässigkeitsstaat keine TIN aus, geben Sie bitte an: „Der jeweilige Staat gibt keine TIN aus“.

1. _____	2. _____
Staaten mit steuerlicher Ansässigkeit außer Deutschland (sofern vorhanden)	
1. _____	2. _____
Soweit vorhanden Steuer-Identifikationsnummer (TIN)	

Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns hiermit, die STA Sachwert-Treuhand Altona GmbH & Co. KG, Große Elbstraße 14, 22767 Hamburg (Treuhanderin) innerhalb von 30 Tagen schriftlich über Änderungen der obenstehend gemachten Angaben zu informieren.

Ort, Datum



Unterschrift des Zeichners

Erläuterungen zur Selbstauskunft für natürliche Personen gemäß FATCA-USA-Umsetzungsverordnung

Sie gelten als steuerlich ansässig in den Vereinigten Staaten von Amerika („USA“), wenn zum Beispiel einer der folgenden Sachverhalte auf Sie zutrifft (keine abschließende Aufzählung):

- a) Sie besitzen die US-amerikanische Staatsbürgerschaft (auch im Falle doppelter Staatsangehörigkeit).
- b) Sie besitzen ein Einwanderungsvisum der USA („Greencard“).
- c) Sie haben sich im laufenden Jahr über einen Zeitraum von mindestens 31 Tagen in den USA aufgehalten bzw. nehmen im laufenden Jahr einen solchen Aufenthalt vor. Zugleich beträgt die Gesamtaufenthaltsdauer in den USA innerhalb der letzten drei Jahre mindestens 183 Tage. Aufenthaltstage im laufenden Kalenderjahr zählen dabei voll (1/1), solche aus dem Vorjahr zu 1/3 und Aufenthaltstage aus dem davorliegenden Jahr zu 1/6.

Hinweis: Sollten diese Kriterien zutreffen, können Sie ggf. dennoch eine Befreiung von der Eigenschaft »US-Person« auf dem US-amerikanischen Steuerformular 8840 beantragen. Voraussetzung ist, dass Sie sich im laufenden Kalenderjahr weniger als 183 Tage in den USA aufgehalten haben bzw. noch aufhalten werden und einen außerhalb der USA liegenden Wohnsitz nachweisen können, zu dem Sie eine enge Bindung unterhalten.

- d) Es besteht eine anderweitige, unbeschränkte US-amerikanische Steuerpflicht.

Hinweis: Der Besitz bzw. die Vermietung von Grundeigentum in den USA sowie das Halten von Anteilen US-amerikanischer Immobilienfonds ist hierfür unerheblich. Daraus resultiert keine unbeschränkte US-amerikanische Steuerpflicht.

Sind Sie unsicher, ob einer dieser Sachverhalte auf Sie zutrifft oder ob Sie aus anderen Gründen in den USA steuerpflichtig sind, sprechen Sie bitte mit Ihrem steuerlichen Berater.



ANLAGE 3 ZUR BEITRITTSERKLÄRUNG FÜR NATÜRLICHE PERSONEN

Empfangsbestätigung

Empfangsbekanntnis

Ich bestätige, dass ich die nachfolgend aufgelisteten Unterlagen erhalten habe:

	in Papierform	Als pdf-Dokument per E-Mail (E) oder Download (D)
Verkaufsprospekt der Fondsgesellschaft vom 20. November 2024 (beinhaltet auch Anlagebedingungen, Gesellschaftsvertrag, Treuhandvertrag und vorvertraglicher Informationen nach Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 2019/2088 (Offenlegungs-Verordnung)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> (E) <input type="checkbox"/> (D)
Basisinformationsblatt vom 20. November 2024	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> (E) <input type="checkbox"/> (D)
Datenschutzhinweise gemäß DSGVO (Anlage 4 zur Beitrittserklärung)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> (E) <input type="checkbox"/> (D)
Zeichnungsunterlagen einschließlich Verbraucherinformationen und Beitrittserklärung inkl. der Anlagen 1 bis 3	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> (E) <input type="checkbox"/> (D)

Ort, Datum



Unterschrift des Zeichners





ANLAGE 4 DATENSCHUTZHINWEISE GEMÄSS EU-DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG

Stand: Dezember 2024

Mit den nachfolgenden Informationen erhalten Sie einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht. Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils beantragten bzw. vereinbarten Dienstleistungen, bzw. Beteiligungsprodukten.

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist:

Hamburg Asset Management HAM

Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH

Große Elbstraße 14

22767 Hamburg

Geschäftsführung: Gunnar Dittmann, Dr. Sven Kehren,

Jessica Beckmann, Tobias große Holthaus

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

datenschutz@hh-asset.de

Sie können sich jederzeit hinsichtlich datenschutzrechtlicher Fragen an unseren Datenschutzbeauftragten unter der oben angegebenen Geschäftsadresse bzw. E-Mail-Adresse wenden.

2. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung von unseren Kunden erhalten. Zudem verarbeiten wir – soweit für die Erbringung unserer Dienstleistung erforderlich – personenbezogene Daten, die wir von anderen Unternehmen oder von sonstigen Dritten (z. B. Bundeszentralamt für Steuern) zulässigerweise (z. B. zur Ausführung von Aufträgen, zur Erfüllung von Verträgen oder aufgrund einer von Ihnen erteilten Einwilligung) erhalten haben. Zum anderen verarbeiten wir personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (z. B. Handels- und Vereinsregister, Presse, Medien, Internet) zulässigerweise gewonnen haben und verarbeiten dürfen. Ihre personenbezogenen Daten werden im Rahmen des Zustandekommens der Beteiligung an der Fondsgesellschaft in der Regel von dem Vermittler der Beteiligung in der Beitrittserklärung einschließlich Anlagen erhoben.

Relevante personenbezogene Daten im Antragsannahmeprozess, bei der Stammdateneröffnung, im Zuge einer Bevollmächtigung oder bei sonstigen Verfügungsberechtigten im Zusammenhang mit einem Vertragsverhältnis können sein:

- Stammdaten (z. B. Namen, Postadressen, Geburtsdatum, -ort, -land, Staatsangehörigkeit, Geschlecht)
- Kontaktdaten (z. B. Adressdaten, E-Mail-Adressen, Telefonnummern)

- Steuerlich relevante Daten (z. B. Wohnsitzfinanzamt, Steuernummer / Steuer-ID-Nr., FATCA-Status)
- Legitimationsdaten und Identitätsnachweise (z. B. Kopie von Personalausweis oder Reisepass)
- Bankdaten (z. B. Bank, IBAN, BIC)
- Daten zum PEP-Status und zu wirtschaftliche Berechtigten
- Beteiligungsdaten (z. B. Anlagebetrag, Beitrittszeitpunkt)

Im Rahmen der Geschäftsbeziehung, insbesondere durch persönliche, telefonische oder schriftliche Kundenkontakte, durch Sie oder von der Gesellschaft initiiert, entstehen weitere personenbezogene Daten, z. B. Informationen über Kontaktkanal, Datum, Anlass und Ergebnis; (elektronische) Kopien des Schriftverkehrs.

3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG):

Die nachfolgend aufgeführten Zwecke können einzeln oder kumulativ vorliegen.

- a. Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten (auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO)

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Begründung, Verwaltung und Abwicklung Ihrer Beteiligung an der Fondsgesellschaft oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen, die auf Ihre Anfrage hin erfolgen.

- b. Im Rahmen der Interessenabwägung (auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO)

Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten. Die berechtigten Interessen sind insbesondere:

- Beantwortung von Anfragen (soweit nicht im Zusammenhang mit Vertragserfüllung, siehe oben Buchstabe a.)
- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs der Gesellschaft

- c. Aufgrund Ihrer Einwilligung (auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO)

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke (z. B. Weitergabe von Daten an eine Vertriebsgesellschaft) erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind,

sind davon nicht betroffen. Eine Statusübersicht der von Ihnen erteilten Einwilligungen können Sie jederzeit bei uns anfordern.

- d. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO) oder im öffentlichen Interesse (auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO)

Wir unterliegen als Gesellschaft diversen rechtlichen Verpflichtungen, das heißt gesetzlichen Anforderungen (z. B. Aufsichtsrecht, Geldwäschegesetz, Wertpapierhandelsgesetz, Steuergesetze) sowie aufsichtsrechtlichen Vorgaben (z. B. der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht). Zu den Zwecken der Verarbeitung gehören unter anderem die Identitätsprüfung, Betrugs- und Geldwäscheprevention, die Erfüllung steuerrechtlicher Kontroll- und Meldepflichten sowie die Bewertung und Steuerung von Risiken in der KVG.

4. Wer bekommt meine Daten / Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten?

Innerhalb der KVG erhalten nur diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die zur Erfüllung des Vertragszweckes Kenntnis haben müssen.

Informationen über Sie dürfen wir an Dritte nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten, Sie eingewilligt haben oder wir zur Erteilung einer Auskunft befugt sind und die von uns beauftragten Auftragsverarbeiter gleichgerichtet die Einhaltung der Vertraulichkeit sowie die Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung sowie des Bundesdatenschutzgesetzes garantieren. Es werden nur soweit Daten weitergegeben, wie es gesetzlich zulässig ist. Die Arten von Daten, die weitergegeben werden können, sind unter Punkt 2 beschrieben.

Unter den vorgenannten Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten z. B. sein:

- die Vertriebsgesellschaft und der Vermittler der Beteiligung
- Treuhandkommanditistin im Rahmen der Anlegerverwaltung
- Steuerberater
- Wirtschaftsprüfer
- Öffentliche Stellen und Institutionen (z. B. Deutsche Bundesbank, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Finanzbehörden, Bundeszentralamt für Steuern, etc.) bei Vorliegen einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung.
- Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute, vergleichbare Einrichtungen und Auftragsverarbeiter, an die wir zur Durchführung der Geschäftsbeziehung mit Ihnen personenbezogene Daten übermitteln.
- Im Einzelnen: Abwicklung von Bankauskünften, Unterstützung/Wartung von EDV- / IT-Anwendungen, Archivierung, Belegbearbeitung, Call-Center Services, Controlling, Datenscreening für Anti-Geldwäsche-Zwecke, Datenvernichtung, Kundenverwaltung, Lettershops, Marketing, Meldewesen, Research, Risikocontrolling, Telefonie, Videolegitimation, Webseitenmanagement, Fondsverwaltung, Wirtschaftsprüfungsdienstleistung, Zahlungsverkehr.

Weitere Datenempfänger können diejenigen Stellen sein, für die Sie Ihre Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben bzw. für die Sie uns von der Verschwiegenheitsverpflichtung gemäß Vereinbarung oder Einwilligung befreit haben.

5. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Länder außerhalb der EU bzw. des EWR (sogenannte Drittstaaten) findet nur statt, soweit dies zur Ausführung Ihrer Aufträge (z. B. Zahlungs- und Wertpapieraufträge) erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben ist (z. B. steuerrechtliche Meldepflichten) oder Sie uns eine Einwilligung erteilt haben. Werden Dienstleister im Drittstaat eingesetzt, sind diese zusätzlich zu schriftlichen Weisungen durch den Abschluss von EU-Standardvertragsklauseln oder sonstigen in Art. 46, 47 DSGVO genannten Vereinbarungen zur Einhaltung des Datenschutzniveaus in Europa verpflichtet. Soweit Ihre personenbezogenen Daten in ein Drittland übermittelt werden, können Sie jederzeit auf schriftliche Anfrage eine Kopie der entsprechenden Vereinbarungen erhalten. Die Anfrage richten Sie bitte an unseren Datenschutzbeauftragten (siehe Punkt 1.).

6. Wie lange werden meine Daten gespeichert?

Die von Ihnen zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten werden nur solange und soweit gespeichert und verarbeitet, wie es zur Erfüllung der mit Ihnen vereinbarten vertraglichen Pflichten erforderlich ist und unsere gesetzlichen Pflichten es erfordern.

Unsere gesetzlichen Pflichten können insbesondere sein:

- Erfüllung handels- und steuerrechtlicher Aufbewahrungsfristen: Zu nennen sind das Handelsgesetzbuch, die Abgabenordnung, das Kreditwesengesetz, das Geldwäschegesetz und das Wertpapierhandelsgesetz. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre.
- Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der Verjährungsvorschriften. Nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

7. Welche Datenschutzrechte habe ich?

Jede betroffene Person hat das Recht auf Auskunft nach Artikel 15 DSGVO, das Recht auf Berichtigung nach Artikel 16 DSGVO, das Recht auf Löschung nach Artikel 17 DSGVO bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DSGVO bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen, das Recht auf Widerspruch aus Artikel 21 DSGVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit aus Artikel 20 DSGVO. Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG. Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (Artikel 77 DSGVO i.V.m. § 19 BDSG). Die zuständige Aufsichtsbehörde ist Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Ludwig-Erhard-Str. 22, 20459 Hamburg.

Eine von Ihnen ausdrücklich erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten können Sie jederzeit uns gegenüber widerrufen. Bitte beachten sie, dass der Widerruf nur für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

8. Gibt es für mich eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Die personenbezogenen Daten, die Sie im Rahmen der Geschäftsbeziehung bereitstellen, sind für die Durchführung der Geschäftsbeziehung und die Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich. Ohne diese Daten werden wir in der Regel den Abschluss des Vertrages oder die Ausführung des Auftrages ablehnen müssen oder einen bestehenden Vertrag nicht mehr durchführen können.

Insbesondere sind wir nach den geldwäscherechtlichen Vorschriften verpflichtet, Sie vor der Begründung der Geschäftsbeziehung beispielsweise anhand Ihres Personalausweises zu identifizieren und dabei Ihren Namen, Geburtsort, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit sowie Ihre Wohnanschrift zu erheben und festzuhalten. Damit wir dieser gesetzlichen Verpflichtung nachkommen können, haben Sie uns die notwendigen Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen und sich im Laufe der Geschäftsbeziehung ergebenden Änderungen unverzüglich anzuzeigen.

Sollten Sie uns die notwendigen Informationen und Unterlagen nicht zur Verfügung stellen, dürfen wir die von Ihnen gewünschte Geschäftsbeziehung nicht aufnehmen oder fortsetzen.

9. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling)?

Eine automatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 DSGVO findet nicht statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist.

10. Information über Ihr Widerspruchsrecht – Einzelfallbezogenes Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Abs. 1 lit. e) oder f) DSGVO (Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse bzw. im Rahmen einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch kann schriftlich an die Geschäftsadresse
Hamburg Asset Management HAM
Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH
Große Elbstraße 14
22767 Hamburg
oder per E-Mail an datenschutz@hh-asset.de gerichtet werden.

Coupon für POSTIDENT durch Postfiliale **Deutsche Post**



zur Identitätsfeststellung in einer Postfiliale für
STA Sachwert-Treuhand Altona GmbH & Co. KG

Nehmen Sie diesen Coupon und lassen Sie sich bei einer Postfiliale mit einem gültigen Personalausweis oder Reisepass identifizieren, um Ihre Identifizierung abzuschließen.

POSTIDENT

Filiale für POSTIDENT finden auf: www.deutschepost.de

Hinweise für Filialmitarbeiter:

- Barcode einscannen / VGA 1611/PI aufrufen



- Abrechnungs- und Referenznummer eingeben

Abrechnungsnummer

6 | 2 | 9 | 1 | 0 | 4 | 5 | 9 | 1 | 4 | 3 | 7 | 0 | 3

Referenznummer

S | o | l | v | i | u | m | | T | L | F | | |

- Identifizierung (VGA 1611 / Postident „Basic“) durchführen
- Diesen Coupon nach der Identifizierung datenschutzkonform entsorgen.

MaV: Bei Fragen wenden Sie sich bitte an die Mitarbeiter-Hotline